

Antwortentwurf der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine von Amaro Foro e. V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Amaro Foro e. V. für die Übersendung der Wahlprüfsteine und insbesondere für die kontinuierliche Arbeit gegen Diskriminierung und für die gesellschaftliche Teilhabe von Roma und Sinti in Berlin. Die Fragen berühren zentrale Aufgaben einer freiheitlichen und weltoffenen Stadt: den Schutz jedes einzelnen Menschen vor Diskriminierung und Gewalt, den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt und einen handlungsfähigen Rechtsstaat. Wir schätzen es, dass Sie diese Themen mit konkreten Fragen in die politische Debatte zur Abgeordnetenhauswahl 2026 einbringen.

Für die FDP Berlin ist klar: Die Würde und die Freiheit jedes einzelnen Menschen sind Ausgangspunkt unserer Politik. Unser Grundsatzprogramm formuliert ausdrücklich, dass Staat und Gesellschaft jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eindeutig und entschieden entgegentreten müssen. Zugleich setzen wir auf einen Rechtsstaat, der Menschen unabhängig von Herkunft und Zugehörigkeit nach denselben Regeln schützt, unterstützt und in die Verantwortung nimmt.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt:

I. Antiziganismus bzw. Diskriminierung von Roma und Sinti

1. Wird sich Ihre Partei für die Entwicklung einer Berliner Landesstrategie zur Bekämpfung von Antiziganismus einsetzen, analog zu den bestehenden Landesstrategien gegen antimuslimischen Rassismus sowie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit?

Wir treten Antiziganismus und der Diskriminierung von Roma und Sinti entschieden entgegen. Unsere Position ist hier eindeutig: Wo Aufklärung und Prävention nicht ausreichen, müssen Staat und Gesellschaft Gewalt und jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent begegnen. Jeder Mensch hat unabhängig von ethnischer Herkunft, Religion, sexueller Identität oder sozialem Status Anspruch auf den gleichen Schutz seiner Würde und seiner Freiheit.

Ob eine eigenständige Berliner Landesstrategie gegen Antiziganismus zielführend ist, muss politisch diskutiert werden. Entscheidend ist für uns die Wirksamkeit:

Diskriminierung muss erkannt, verhindert und sanktioniert werden. Dazu gehören Prävention und politische Bildung ebenso wie funktionierende Beratungs- und Meldestrukturen und eine konsequente Arbeit von Verwaltung, Polizei und Justiz. Sollte eine eigenständige Landesstrategie gegenüber bestehenden Strukturen einen nachweisbaren zusätzlichen Nutzen bieten, sind wir bereit, dies ergebnisoffen zu prüfen. Dabei legen wir Wert auf klare Ziele, überprüfbare Maßnahmen und eine regelmäßige Evaluation. Neue Strukturen dürfen kein Selbstzweck sein; sie müssen den betroffenen Menschen konkret mehr Schutz und bessere Teilhabe ermöglichen.

2. Hat Ihre Partei vor, sich für den Erhalt der Funktion der Ansprechperson für Antiziganismus einzusetzen?

Wir erkennen die Bedeutung verlässlicher Ansprechpartner für Menschen an, die von Diskriminierung betroffen sind. Für uns ist entscheidend, dass Betroffene einen niedrigschwelligen Zugang zu kompetenter Unterstützung haben und Hinweise auf strukturelle Probleme tatsächlich in Verwaltung und Politik ankommen. Die bestehende Funktion sollte deshalb anhand ihrer Aufgaben, ihrer Wirksamkeit und ihres konkreten Nutzens für Betroffene bewertet werden. Wo sie nachweislich einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Antiziganismus leistet, spricht aus unserer Sicht viel für Kontinuität statt für institutionelle Brüche.

3. Beabsichtigt Ihre Partei, Projekte zur Bekämpfung von Antiziganismus zu verstetigen?

Wir unterstützen wirksame Präventions- und Bildungsarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Unser Grundsatzprogramm betont ausdrücklich die Bedeutung politischer Bildung für ein demokratisches Selbstbewusstsein und einen offenen, fairen und aufgeklärten gesellschaftlichen Diskurs.

Eine automatische oder pauschale Verstetigung jedes einzelnen Projekts ist allerdings nicht unser Ansatz. Öffentliche Förderung muss sich an nachvollziehbaren Zielen und nachweisbarer Wirksamkeit orientieren. Erfolgreiche Projekte, die Betroffene tatsächlich erreichen, Diskriminierung abbauen, Wissen vermitteln und Prävention leisten, sollen eine verlässliche Perspektive erhalten können. Gleichzeitig halten wir Evaluation für notwendig, damit öffentliche Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den größten konkreten Nutzen entfalten.

II. Wohnen

4. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit für ein Gesetz zur Unterbringung von Wohnungslosen (Wohnungsnotfallunterbringungsgesetz)? Bitte begründen Sie Ihre Position. Welche Lösungen schlägt Ihre Partei für obdachlose EU-Bürger ohne Leistungsansprüche nach SGB II oder XII vor?

Wir teilen das Ziel, dass in Berlin niemand ohne Schutz und menschenwürdige Unterbringung bleiben soll. Ob dafür ein zusätzliches Wohnungsnotfallunterbringungsgesetz erforderlich ist, ist für uns jedoch eine Frage des konkreten Regelungsbedarfs und nicht des politischen Symbols. Berlin leidet häufig

weniger an einem Mangel neuer gesetzlicher Überschriften als an unklaren Zuständigkeiten, langsamen Verfahren und einer Verwaltung, die bestehende Aufgaben nicht zuverlässig erfüllt. Ein neues Gesetz unterstützen wir daher nur, wenn es konkrete Rechtslücken schließt und die Situation wohnungsloser Menschen tatsächlich verbessert.

Unser zentraler wohnungspolitischer Ansatz ist zugleich, Wohnungslosigkeit möglichst zu verhindern, bevor sie entsteht. Dazu gehört vor allem mehr Wohnraum. Darüber hinaus sollen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aus ihren Beständen auch Wohnungen für Menschen bereitstellen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Bei obdachlosen EU-Bürgern ohne Leistungsansprüche nach SGB II oder XII setzen wir neben akuter humanitärer Hilfe auch auf realistische individuelle Perspektiven. Wir wollen Menschen aus dem EU-Ausland, die in Berlin ohne tragfähige Existenzperspektive obdachlos geworden sind, eine Rückkehr in ihr Herkunftsland ermöglichen. Das ist ausdrücklich kein Ersatz für Hilfe in einer akuten Notlage. Es ist ein zusätzliches Angebot für Menschen, für die eine Rückkehr und der Wiederaufbau einer Lebensperspektive im Herkunftsland die bessere Lösung sein kann.

III. Arbeit

5. Wie verhindert Ihre Partei die Arbeitsausbeutung von EU-Bürgern im Niedriglohnsektor? Wird Ihre Partei Arbeitnehmerrechte stärken, beispielsweise durch einen Rechtshilfefonds zur Übernahme von Prozesskosten? Wenn ja, in welcher Form? Wie beabsichtigt Ihre Partei, Arbeitgeber stärker in die Pflicht zu nehmen, geltendes Recht einzuhalten?

Wer in Berlin arbeitet, hat Anspruch darauf, dass geltendes Arbeitsrecht eingehalten wird. Herkunft oder Staatsangehörigkeit dürfen dabei keine Rolle spielen. Ausbeutung, Lohnbetrug oder die bewusste Umgehung gesetzlicher Arbeitnehmerrechte sind keine Geschäftsmodelle, sondern Rechtsverstöße, gegen die der Staat konsequent vorgehen muss.

Einen besonderen staatlichen Rechtshilfefonds zur Übernahme von Prozesskosten sehen wir nicht vor. Wir weisen deshalb freundlich darauf hin, dass wir die Frage nach der Stärkung von Arbeitnehmerrechten nicht auf die Einführung eines solchen Fonds verengen würden. Entscheidend ist, dass bestehende Rechte praktisch durchsetzbar sind, Betroffene ihre Rechte kennen und zuständige Kontroll- und Strafverfolgungsbehörden effektiv arbeiten.

Gerade Menschen, die aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse oder fehlender Kenntnis des deutschen Rechtssystems besonders verletzlich sind, brauchen zugängliche Informationen über ihre Rechte und bestehende Beratungsangebote. Gleichzeitig muss gelten: Unternehmen, die Beschäftigte systematisch ausbeuten oder geltendes Recht umgehen, müssen mit konsequenter Kontrolle und Sanktionierung rechnen.

Bürokratieabbau für rechtschaffene Unternehmen und konsequente Rechtsdurchsetzung gegenüber schwarzen Schafen sind für uns kein Widerspruch.

IV. Bildung

6. Welche Maßnahmen oder Instrumente wären aus Ihrer Sicht geeignet, um Antiziganismus sowohl durch Mitschüler als auch durch Lehrkräfte wirksam zu bekämpfen?

Schule muss ein Ort sein, an dem jedes Kind unabhängig von Herkunft und familiärem Hintergrund lernen und sich entwickeln kann. Antiziganistische Diskriminierung durch Mitschüler oder Lehrkräfte widerspricht diesem Anspruch fundamental.

Wir setzen zunächst auf Bildung und Prävention. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Antiziganismus sowie mit der Verfolgung von Sinti und Roma gehört aus unserer Sicht in eine umfassende demokratische und historische Bildung. Wir schlagen unter anderem vor, erinnerungskulturelle Exkursionen einschließlich der Anreisekosten durch das Land zu finanzieren. Gleichzeitig setzen wir auf verpflichtende, bedarfsgerechte Fortbildungen für Lehrkräfte. Solche Fortbildungen müssen fachlich fundiert sein und zugleich dem Beutelsbacher Konsens und insbesondere dem Kontroversitätsgebot entsprechen.

Wo konkrete Diskriminierung stattfindet, muss eine Schule handeln. Das gilt für diskriminierendes Verhalten von Schülern ebenso wie für Fehlverhalten von Lehrkräften. Schulen brauchen dafür klare Verantwortlichkeiten, kompetente Schulleitungen und multiprofessionelle Teams. Unser Ziel ist eine Schule, die nicht wegschaut, sondern Konflikte pädagogisch bearbeitet und bei schwerwiegenden Fällen konsequent handelt.

7. Befürwortet Ihre Partei die Abschaffung von Willkommensklassen für Kinder ohne Deutschkenntnisse (Geflüchtete und EU-Bürger)? Bitte begründen Sie Ihre Position. Falls Sie sich für den Erhalt der Willkommensklassen aussprechen: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Vergabe von Schulplätzen in Willkommensklassen zu beschleunigen?

Wir wollen kein Kind aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse dauerhaft vom regulären Bildungsweg trennen. Gleichzeitig halten wir es für falsch, so zu tun, als könne erfolgreicher Unterricht ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache funktionieren. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung, Freundschaften, Ausbildung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir setzen deshalb auf eine konsequente und möglichst frühe Sprachförderung: Sprachförderung ab dem ersten Tag in der Kita, verbindliche Sprachstandserhebungen und zusätzliche Förderung bei festgestellten Defiziten. Für neu zugewanderte Kinder muss das Ziel ein möglichst schneller Erwerb ausreichender Deutschkenntnisse und der Übergang in den Regelunterricht sein.

Wir legen uns programmatisch nicht auf eine pauschale Abschaffung sämtlicher Willkommensklassen fest. Entscheidend ist für uns vielmehr, dass sie keine dauerhaften Parallelstrukturen werden. Der Übergang in den Regelunterricht muss individuell, verbindlich und so schnell wie pädagogisch sinnvoll erfolgen.

Die Vergabe von Schulplätzen wollen wir insgesamt digitalisieren und beschleunigen. Eine digitale Plattform soll Anmeldungen für Kitas und Schulen in Echtzeit ermöglichen.

Darüber hinaus wollen wir Schulen in besonders integrationsintensiven Stadtteilen mit zusätzlichen Budgets für personelle und materielle Integrationsleistungen ausstatten.

V. Existenzsicherung/Sozialleistungen

8. Befürwortet Ihre Partei die Abschaffung der internen Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit „Bekämpfung von bandenmäßigem Leistungsmissbrauch im spezifischen Zusammenhang mit der EU-Freizügigkeit“? Bitte begründen Sie Ihre Position. Falls nicht: Wie stellt Ihre Partei sicher, dass diese Arbeitshilfe im Jobcenter nicht selektiv gegenüber Menschen aus Bulgarien und Rumänien angewendet wird?

In der Sache gilt für uns ein klarer Grundsatz: Sozialleistungsmissbrauch muss verfolgt werden, aber Herkunft darf niemals als Ersatz für einen konkreten Verdacht dienen.

Wenn organisierter oder bandenmäßiger Betrug vorliegt, muss der Rechtsstaat handeln. Ebenso klar ist aber: Ein bulgarischer oder rumänischer Pass ist kein Verdachtsmoment. Eine pauschale oder selektive Behandlung von Menschen allein aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit lehnen wir entschieden ab.

Kontrollen müssen sich an objektiven, rechtssicheren und überprüfbaren Kriterien orientieren. Entscheidungen der Jobcenter müssen individuell getroffen und für Betroffene nachvollziehbar sein. Wo interne Arbeitshilfen zu diskriminierenden Praktiken führen oder dafür strukturelle Anreize setzen, müssen sie korrigiert werden.

Missbrauchsbekämpfung und Diskriminierungsfreiheit gehören für uns zusammen – ein funktionierender Rechtsstaat muss beides gewährleisten.

VI. Gesundheit

9. Wie garantieren Sie die Anwendung von § 630e des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB)? Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um Sprachbarrieren im Gesundheitswesen abzubauen?

Die Pflicht zur ordnungsgemäßen medizinischen Aufklärung ist geltendes Recht. Wir wollen hier zunächst eine begriffliche Klarstellung vornehmen: Die Anwendung des § 630e BGB ist keine politische Ermessensfrage einer Landesregierung, sondern eine gesetzliche Verpflichtung im Behandlungsverhältnis. Politik muss jedoch Rahmenbedingungen schaffen, in denen eine verständliche und wirksame Aufklärung praktisch möglich ist.

Unser gesundheitspolitisches Leitbild ist eine patientenzentrierte Versorgung, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Digitale und innovative Gesundheitslösungen sollen den Zugang zur Versorgung verbessern. Wir sehen insbesondere in sicheren digitalen Übersetzungsangeboten und niedrighschwelligen mehrsprachigen Informationen erhebliche Chancen, Sprachbarrieren abzubauen. Unser Programm setzt in der öffentlichen Verwaltung bereits ausdrücklich auf KI-gestützte Echtzeitübersetzung und Leichte Sprache für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen. Diesen technologischen Fortschritt wollen wir auch dort nutzbar machen, wo er im Gesundheitswesen datenschutzkonform und medizinisch verantwortbar eingesetzt werden kann. Bei komplexen Diagnosen, Eingriffen und

Behandlungen kann Technik qualifizierte persönliche Sprachmittlung allerdings nicht in jedem Fall ersetzen.

VII. Flucht und Asyl

10. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Bleibereichtsperspektiven für Roma aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, etwa der Republik Moldau und Staaten des Westbalkans, zu schaffen?

Wir unterscheiden bei Fragen des Aufenthaltsrechts grundsätzlich nicht nach ethnischer Zugehörigkeit. Das ist für uns ein wichtiger Punkt: Roma müssen selbstverständlich vor Diskriminierung geschützt werden, aber ein Aufenthaltsrecht sollte weder positiv noch negativ allein an die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe geknüpft werden. Maßgeblich müssen die individuelle Situation, rechtsstaatliche Verfahren und die gesetzlichen Voraussetzungen sein.

Wir setzen uns für klare und verlässliche Regeln bei Einwanderung und Asyl ein. Menschen, die einen individuellen Schutzgrund haben, müssen Schutz erhalten. Gleichzeitig müssen rechtskräftige Entscheidungen auch umgesetzt werden. Die Einstufung eines Herkunftsstaates als sicher darf ein rechtsstaatliches individuelles Prüfverfahren nicht ersetzen.

Zugleich wollen wir Menschen, die hier eine tragfähige Perspektive aufgebaut haben, insbesondere durch Ausbildung, Studium und Arbeit, bessere Möglichkeiten eröffnen. Wir setzen auf schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt und wollen Arbeitsverbote für Asylbewerber abschaffen. Wer in Deutschland erfolgreich eine Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen hat, soll Zeit erhalten, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden und eine eigenständige wirtschaftliche Perspektive aufzubauen.

Unser Ansatz ist damit weder ein pauschales Bleiberecht aufgrund ethnischer Zugehörigkeit noch eine pauschale Ablehnung von Bleibeperspektiven. Wir stehen für individuelle Schutzprüfung, klare rechtsstaatliche Regeln und echte Chancen durch Bildung, Ausbildung und Arbeit. Herkunft darf nicht über den Wert eines Menschen entscheiden – und ethnische Zuschreibungen dürfen nicht an die Stelle der Betrachtung des einzelnen Menschen treten.

Wir danken Ihnen sehr herzlich für die Möglichkeit, unsere Positionen darzustellen. Fragen und Antworten werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin